



© UCB-Verlag/Paul Sturm

**Umfasste die Österreichische Industrie-
holding AG (ÖIAG) von zehn Jahren noch über
20 Beteiligungen, sind es heute nur mehr vier:
Post (52,9 Prozent), Telekom (28,4 Prozent),
OMV (31,5 Prozent) und GKB (100 Prozent).**

rInnen. Für die arbeitenden Menschen bedeutet das Lohn- und Gehaltseinbußen, mehr Arbeitsdruck, Arbeitsplatzabbau, weniger Steuereinnahmen fürs Budget ... und weitere „Defizite“. Das ist das Muster, nach dem national wie international vorgegangen wird: Privatisierung der Gewinne und Sozialisierung der Verluste, d. h. deren Abwälzung auf die Allgemeinheit. Weniger Geld im Staatshaushalt lässt dann schnell den Ruf der gleichen Herren von IV und WKÖ nach „mehr Sparen, weniger Sozialleistungen“ erschallen. Mit dieser Methode schaffen sich die KapitalistInnen die ökonomische Voraussetzung dafür, noch mehr Gewinne zu machen, und die politische Voraussetzung, um verstärkten Druck auf die arbeitenden Menschen ausüben und dies als „objektiv“, eben als „Fragen der Pragmatik und der leeren Töpfe“ (s. o.), hinstellen zu können.⁹

Politik der „leeren Töpfe“

Der Staat, die Regierung leistet dieser Politik der absichtlich herbeigeführten „leeren Töpfe“ im Interesse der Industrie weiter Vorschub. Anstatt bei den strategischen ÖIAG-Beteiligungen Telekom oder OMV das Kapital entsprechend aufzustocken, um „feindlichen Übernahmen“ zu begegnen, wird gemeinsam mit dem neuen von der IV kommenden ÖIAG-Chef Markus

Beyrer weiter an Privatisierung und Ausverkauf gearbeitet.¹⁰ So hält bei der Telekom Ronny Picek mithilfe des ägyptischen Milliardärs Naguib Sawiris bereits über 20 Prozent der Telekom-Aktien. Sawiris hat nach der Telekom-Hauptversammlung gedroht, die Telekom-Anteile an den mexikanischen Milliardär Carlos Slim (Eigentümer des mexikanischen Telekom-Konzerns America Movil) zu verkaufen, wenn die österreichische Regierung den von Sawiris geforderten Veränderungen in der Telekom Austria nicht zustimmt.¹¹ So weit hat es die Mehrheitseigentümerin, die Republik Österreich, via IV-ÖIAG-Chef Beyrer kommen lassen. Eine verfilzte Jagdgesellschaft¹², die nicht nur auf Wild, sondern vor allem auf lukratives Volksvermögen Jagd macht. Eine ähnliche Situation droht bei der OMV, wo der Abu Dhabi Fonds IPIC seinen Anteil (24,9 Prozent) aufstocken will.¹³

Seitens der Privatindustriellen wird also an der Übernahme der Goldesel Telekom und OMV „gebastelt“. Bei den ÖBB wiederum wird die Defizitkeule geschwungen, ein „strategischer Partner“ verlangt und das „Sparen“ ausgerufen¹⁴, vor allem auf Kosten der BahnfahrerInnen: „Gerade bei der Bahn ist Sparen am Ende die teuerste Lösung und ein Anschlag auf die Nahversorgung mit Öffis“, kritisiert die AK.¹⁵ Auch hier sind die Verluste die Gewinne der Loks, Waggons, Bahnstrecken, Tunnel oder Bahnhöfe bauenden Konzerne wie Siemens, PORR, STRABAG usw.¹⁶

Bei der AUA, die der Lufthansa im Namen der „unumgänglichen Privatisierung“ geschenkt wurde („Kaufpreis“: 366.000 Euro plus staatliche Mitgift von

500 Mio. Euro), ist man da bereits ein Stück weiter – bei deren Zerstörung! Offen erklärtes Ziel der Lufthansa ist es, die AUA als Konkurrenz endgültig auszuschalten. Deshalb der brutale Druck auf die AUA-Beschäftigten, die KV-Kündigung, die Gehaltskürzungen (30 bis 40 Prozent), der geplante Personalabbau um die Hälfte auf 3.000 Beschäftigte.

Zu Tode gefürchtet

Zu teure Beschäftigte? Nein: Die Lufthansa-Chefs wollen sich die durch ihr Missmanagement verursachten Kosten der letzten Jahre auch von den AUA-Beschäftigten durch ein 1,5 Mrd. Euro schweres Konzern-„Sparpaket“ holen. So kostete die mittlerweile wieder verkaufte britische Fluglinie BMI die Lufthansa 1,2 Mrd., die eingestellte Lufthansa Italia 200 Mio. Euro. Zum Schaden bekommen die AUA-Beschäftigten, die Republik Österreich und die Allgemeinheit noch den Spott des Lufthansa-Chefs Christoph Franz serviert: Er hätte die AUA nicht gekauft.¹⁷ Was lassen wir uns noch alles gefallen? Stillhalten und sich fürchten ist nicht der Weg. Denn: Zu Tode gefürchtet ist auch gestorben.

Internet:

Mehr Infos unter:
www.oegb.at
www.arbeiterkammer.at

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
w.leisch@aon.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

⁹ Vgl.: AK-Wien: infobrief eu & international, Nr. 1, März 2012; Stefan Schulmeister: EU-Fiskalpakt, Falter Nr. 12/2012.

¹⁰ Format Nr. 15/12; Kurier, 20. 3. 2012.

¹¹ Kurier, 26. 5. 2012.

¹² Kurier, 1.4.2012.

¹³ Format Nr. 10/12; Kurier, 31. 3. 2012.

¹⁴ Standard, 7.–9. 4. 2012.

¹⁵ AK für Sie 02/12.

¹⁶ Format Nr. 17/12; Kurier 22. 4. 2012.

¹⁷ Kurier, 16. 3. 2012 und v. a. 27. 5. 2012.